

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	24
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	21.04.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Kapp (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Sachstand "Fortschreibung KLIMAKS" - mündlicher Bericht -		

Vorgang: Ausschuss für Klima und Umwelt vom 03.03.2023, öffentlich, Nr. 10
 Ergebnis: Vertagung
 Ausschuss für Klima und Umwelt vom 24.03.2023, öffentlich, Nr. 23
 Ergebnis: Zurückstellung

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Kapp (AfU) betont, in Bezug auf die in diesem Jahr anstehenden Doppelhaushaltsplanberatungen sei der aktuelle Stand der Fortschreibung des Klimawandel-Anpassungskonzepts 2023 KLIMAKS 2.0 wichtig.

Daraufhin berichtet Herr Kapp im Sinne der beigefügten Präsentation.

StRin Munk (90/GRÜNE) betont, ihre Fraktion habe in den letzten Doppelhaushaltsplanberatungen beantragt, die Klimaanpassungsstrategie des KLIMAKS fortzuschreiben. Hierzu seien finanzielle Mittel eingestellt und die entsprechende Personaleinstellung sei freigegeben worden. Die Überarbeitung solle zukünftig in kürzeren Zeiträumen durchgeführt werden, da sich der Klimawandel beschleunige. Die letzte Fortschreibung habe bereits vor 10 Jahren stattgefunden. Es stelle sich die Frage, ob beispielsweise

ein fünfjähriger Turnus geeignet sei. Sie wünsche sich eine Stellungnahme der Verwaltung, wie zeitnah nachjustiert und ein Monitoring durchgeführt werden solle. Dieses Vorgehen sei man der jüngeren Bevölkerung und den nachfolgenden Generationen schuldig. Das Thema stelle gleichzeitig einen Aspekt des Gesundheits- und des Klimaschutzes dar. Ihre Fraktion habe im Rahmen ihres Haushaltsantrags dringend um eine Zusammenarbeit der entsprechenden Ämter gebeten. Der Begriff Auftaktveranstaltung sei etwas irritierend, beziehe sich jedoch auf den Zeitablauf. Schließlich würden bereits zahlreiche Maßnahmen durchgeführt. Es sei ein großes Anliegen ihrer Fraktion, dass die Maßnahmen in der Breite und Tiefe der Verwaltung umgesetzt würden. Für die Stadt werde ein Gesamtplan benötigt, an dem alle Institutionen mitarbeiten müssten. Sie sei der Auffassung, nicht lediglich auf die nächste Gesamtfortschreibung abzuwarten, sondern in Bereichen bereits in die Umsetzung zu gehen, so StRin Munk. Im Bereich des Hitzeschutzes seien viele Dinge bekannt und hierbei solle der Aspekt der Verschattung und der nächtlichen Kühlung einen weiteren Unterpunkt darstellen. Es sei von Herrn Kapp ausgeführt worden, ein Auflistungskatalog der Maßnahmen werde folgen. Sie hoffe, dass sich dieser Katalog mit den Steckbriefen decke. An die Stadtkämmerei gewandt wünsche sie sich dringend, dass die kommenden Vorlagen nicht ausgebremst würden.

Im Aufbau des KLIMAKS seien u. a. das Bauwesen und die begrünten Bahngleise integriert, so StR Sakkaros (CDU). Oftmals werde mit den SSB diskutiert, ob diese Begrünung dort möglich sei. Schließlich fielen durch den Rasen entsprechende Pflegemaßnahmen an. Eine größere Geschwindigkeit bei der flächendeckenden Umsetzung in diesem Bereich könne über ein Regelwerk erfolgen. Seiner Auffassung nach werde die Begrünung nur stückweise wie etwa zwischen dem Stöckach und der Metzstraße geprüft. Die entsprechenden Fördermittel für eine wesentlich umfassendere Begrünung der Gleisanlagen könnten über den Gemeinderat bereitgestellt werden. Es bestünden rund 100 Hektar an Rasenbahnkörper, die begrünt werden könnten. In der Präsentation sei auf Folie 4 im Bereich Bauwesen der Begriff Gründachsatzung aufgeführt. Eine Begrünung bringe einen kühlenden Effekt auf die Dachflächen eines Gebäudes mit sich. Ein Schrägdach könne dagegen nicht begrünt werden. Dort eigne sich jedoch die Installation einer PV-Anlage, was den gleichen kühlenden Effekt mit sich bringe, da die Sonne nicht direkt auf die Dachfläche einstrahle. In den Vorlagen fehlten die vorhandenen technischen Lösungsmöglichkeiten. Bei der Pflege und dem Rückschnitt von Rasenflächen werde das hierbei anfallende Gras oftmals abgetragen. Falls der Grünschnitt jedoch zurückgelassen würde, bilde sich als Vorteil Humus, was bezüglich der Wasseraufnahme des Bodens den besten Schwamm darstelle.

Da die LHS zur heißesten Großstadt Deutschlands werde, reiche es nicht mehr aus, lediglich Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen, sondern es müsse die Klimaanpassung aufgrund extremer Hitze und extremen Regens angegangen werden, so StRin Schanbacher (SPD). Im Grunde müsse die Stadt umgebaut und insgesamt mehr Verschattung, blaue und grüne Infrastruktur sowie Versickerung geschaffen werden. Die Ausführungen der Verwaltung seien diesbezüglich eher zurückhaltend, obwohl ein Einfluss auf die Gesundheitsvorsorge bestehe. Die Schwächsten in der Gesellschaft seien am härtesten von der Klimaverschiebung betroffen, falls nichts unternommen werde. Daher sei eine sozialökologische Transformation nötig. Zudem gehe es in der Stadt um Klimagerechtigkeit. Es sei wichtig, die richtige Struktur zu finden, und Herr Kapp habe hierzu einen Einblick gewährt. Sie habe seinen Ausführungen entnommen, dass die Stadt einen strategischen Maßnahmenentwurf erstelle, so die Stadträtin. Hierbei gehe es darum, auf die Ämter einzuwirken und weitere Vorschläge aufzunehmen.

Es müsse geprüft werden, wie mit den vorhandenen Mitteln ein bestmögliches Ergebnis erzielt werden könne. Ihre Erfahrung der letzten Jahre liege darin, dass zwar attraktive Konzepte beispielsweise zur Kühlung der Stadt mit Wassertanks erstellt worden seien, aber die Umsetzung dieser Konzepte eine Herausforderung darstelle. Die vorgeschlagenen Maßnahmen wie Trinkbrunnen und blaue Infrastruktur sollten bei jeglicher Stadtplanung mitberücksichtigt werden. Bei der Klimaanpassung handle es sich um einen sehr langen Prozess und die nächsten Sommer würden extrem heiß, was jedoch keine Überraschung darstelle. Daher müssten kurzfristig Maßnahmen geschaffen werden, um in der Stadt unbeschadet über den Sommer zu kommen. Aus diesem Grund habe ihre Fraktion im letzten Jahr den Antrag 397/2022 gestellt, welchen sie aufrufen und im AKU diskutieren lassen wolle. Der Antrag beschäftige sich mit dem Aspekt, welche Maßnahmen neben dem mittel- bzw. langfristigen Hitzeaktionsplan bereits kurzfristig in diesem und dem nächsten Sommer durchgeführt werden müssten, um die Hitze in der Stadt für die Bevölkerung erträglich zu gestalten. Dabei gehe es u. a. um die Installation von Sonnensegeln an Kitas und Spielplätzen und die Behandlung von Hitzehotspots mit Sprühnebelanlagen. Ebenso sollten kostenlose Wasserspender im Eingangsbereich jedes städtischen Amtes angeboten werden. Daher solle der Antrag ihrer Fraktion ebenso in der nächsten Sitzung des AKU aufgerufen werden.

StR Gottfried (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, das Thema Wasser stelle eine wichtige Voraussetzung für die anderen Bereiche dar und könne hiervon nicht getrennt werden. Auf seine Frage hinsichtlich einer Priorisierung der verschiedenen dargestellten Kategorien betont Herr Kapp, in Bezug auf das Oberthema Wasser sei der Verwaltung bewusst, dass die Clusterung wie jede Kategorisierung schwierig sei. Wasser stelle stets ein Oberthema dar und spiele eine zentrale Rolle wie die Wärme oder die Sonneneinstrahlung. Im eigentlichen Sinn handle es sich um den urbanen Wärmehaushalt und den urbanen Wasserhaushalt. Zwischen allen Clustern bestünden Querbeziehungen. So wirke das Wasser auf die Temperaturen und die Temperaturen wirkten auf das Wasser, da bei höheren Temperaturen mehr Wasser verdunste und der Boden austrockne. Daher bestehe eine hohe Verflechtung und es werde versucht, einerseits zu clustern und auf der anderen Seite wirkungsscharfe Maßnahmen durchzuführen.

Zum Thema Infrastruktur und den präventiven Maßnahmen stellt sich für StR Gottfried die Frage, ob ebenso untersucht worden sei, was durch ein "Unterlassen" bewirkt werde (z. B. größere Bauprojekte betreffend). Die ämterübergreifende Zusammenarbeit sei zu begrüßen.

Es handle sich um ein Projekt mit immenser Zukunftsrelevanz, betont StR Ozasek (PULS). Das KLIMAKS sei der Fahrplan zur klimaangepassten und präventiven Stadtentwicklung. Viele Jahre sei er für eine Fortschreibung eingetreten, da das Konzept bereits aus dem Jahr 2013 stamme, so der Stadtrat. Zahlreiche Randbedingungen hätten sich seitdem verändert. So habe der Klimasachverständigenrat in Baden-Württemberg mitgeteilt, dass derzeit eine Erwärmung von 2,3°C im Land bestehe. In der LHS wirke dies deutlich stärker. Jüngst sei eine Meldung erfolgt, bereits im Jahr 2040 werde das 3-Grad-Ziel in Baden-Württemberg überschritten. Dies sei 60 Jahre früher, als es bislang alle Prognosen der Politik vermittelt hätten. Es bestehe daher eine rasante und dramatische Entwicklung mit sehr tiefgreifenden Folgen, da sich die Ökosystemgrenzen verschoben und man in eine Wasserkrise hineinliefe. Das Bundesumweltamt habe kürzlich mitgeteilt, dass die Klimafolgekosten bis zum Jahr 2050 bis zu 910 Mrd. EUR betragen könnten. Dies betreffe insbesondere Baden-Württemberg und die LHS, da hier

die Siedlungsbänder entlang der Flüsse und Bäche bestünden. Dort seien die Belastungen durch Extremwetter stark fokussiert und konzentriert. Der Regionalverband schreibe derzeit den Klimaatlas fort, in dem ein Stück weit die Belastungssituationen und die aus dem Klimawandel resultierenden Multirisiken in einem Kartierungsprozess verortet würden. Auf dieser Faktenlage müsse der Prozess für Stuttgart auf dem Weg zur klimaangepassten Stadt aufgesetzt werden. Für diese tiefgreifende Transformation würden personelle Ressourcen und Sachmittelbudgets benötigt, damit die Ämter in die Lage versetzt würden, dies leisten zu können. Vor allem müsse zukünftig eine völlig andere Interessensabwägung betrieben werden. Es dürfe keine Diskussion "Parkplatz versus Stadtbaum" mehr geführt werden. Andere Städte wie Barcelona wollten 80 % der öffentlichen Räume natürlich beschatten. Hierzu werde systematisch durchgeplant, wie die Baumstandorte realisiert und die Wurzelräume im Untergrund hergestellt werden könnten. Ebenso werde untersucht, wie in diesem Zusammenhang die Infrastruktur im Untergrund verlegt werden müsse. Dazu werde in einen Prozess des klimasensiblen Planens und Bauens in eine Baukulturwende eingetreten, um das Thema Klima stärker zu gewichten. Dieses müsse ebenso in der LHS der Fall sein.

An die SPD-Fraktion gewandt betont StR Ozasek, es dürfe beim Rahmenplan Rosenstein nicht diskutiert werden, wie die Empfehlungen der Stadtklimatologie übergangen und zusätzliche Baumasse eingesetzt werden könnten. Die Stadtquartiere sollten bei ihrer Entwicklung nicht in der Art belastet werden, zukünftig eine Hypothek für das Innenstadtklima darzustellen, da die Schadstoffe aus dem Kessel nicht mehr abgetragen werden könnten und die natürliche Klimamaschine der Stadt gestört werde. Im Waldbeirat werde beispielsweise bereits seit langer Zeit der klimaangepasste Wald diskutiert. Ebenso müsse in der Landwirtschaft untersucht werden, wie sie Trocken- und Dürrephasen sowie Wassermangel besser überstehen könne. Agri-PV und Agri-Forstsysteme stellten eine völlig andere Form der Landwirtschaft dar, die den Boden vor Degradation schütze. Zudem müsse eine radikale Begrünung der Stadt durchgeführt werden. Das Einfließen zahlreicher Bausteine über Jahre hinweg in den Hitzeaktionsplan mit einer entsprechenden Personalstellenhinterlegung und einem Budget sei erfreulich. Ebenso sei es positiv zu bewerten, dass das Thema Barcelona-Superblock nicht nur für die Verkehrswende, sondern ebenso für die Schwammstadt als Chance betrachtet werde. Seine Fraktionsgemeinschaft PULS werde für die Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel und die Personalstellen in den Ämtern sorgen.

StR Zaiß (FW) betont, derzeit werde vom AfU Magerrasen bevorzugt und die Mahd abgetragen. Dadurch werde der Boden systematisch ausgemagert, statt die Mahd auf der Fläche zu belassen. Dies schütze den Boden vor dem Austrocknen und es könne sich Humus bilden. Eine Schwammstadt bedeute jedoch das Vorliegen eines Humusvorrats. Falls kein Humus vorhanden sei, werde das Wasser abgeschwemmt und eine Erosion entstehen. Das Anlegen von Magerrasen werde bereits über Jahre hinweg im Bereich des Umweltschutzes durchgeführt. Dies sei möglicherweise der Fall, da nicht genügend Margeriten vorhanden seien, welche einen Magerrasen benötigten. Allerdings könnten diese Blumen ebenso in anderen Bereichen gedeihen wie in den besten Lagen. Das Vorgehen hinsichtlich des Magerrasens könne er nicht nachvollziehen. StR Currle (CDU) ergänzt, es sei in Bezug auf den Aspekt des Magerrasens bekannt, dass der Humusaufbau eine wasserspeichernde Wirkung besitze. Falls sich zahlreiche humusreiche Böden in der Stadt befänden, könne ein Stück weit von einer Schwammstadt gesprochen werden. Falls jedoch Magerrasen geschaffen werde, in dem der Grünschnitt abgefahren werde, damit sich dort kein weiterer Humus, aber dafür eine Blühwiese bilden könne, sei dies kontraproduktiv. Die Böden, welche mit Humus versorgt

seien, müssten weiter mit Humus versorgt werden. Diese Böden wie bei der Egelseer Heide umfassten 8 Hektar und seien pure Sandböden mit einer Bodenzahl von 30. In der Magdeburger Börde befänden sich vergleichsweise die besten Böden mit einer Bodenzahl von 100 und die Filderböden besäßen eine Bodenzahl von 95. Die Flächen an der Egelseer Heide seien große Magerböden, auf denen Magerrasen geschaffen werden könne. Herr Kapp betont, bei Magerrasenflächen handle es sich um sehr spezielle Bereiche. Beim Rasengleis sei beispielsweise keine intensive Bewirtschaftung mit einem hohen Pflegeaufwand erwünscht. Ebenso werde die Dachbegrünung extensiv durchgeführt. Zudem bestünden im Freibereich Flächen, auf denen Aspekte wie Biotope, Artenschutz sowie Biodiversität erfolgreich durchgeführt würden. Bei Magerrasenflächen handle es sich allerdings definitiv nicht um landwirtschaftliche Flächen oder Waldflächen. Insgesamt bestehe keine Strategie, jegliche Freiflächen konsequent als Magerrasen anzulegen.

In Bezug auf den Maßnahmenkatalog zeigt sich StR Zaiß überrascht, dass zahlreichen Gremiumsmitgliedern bereits bekannt sei, was in 20 Jahren geschehen werde. Für ihn stellt sich die Frage, wie die Menschen beispielsweise in Sizilien die Hitze überstehen könnten, wenn dies gleichzeitig die Bewohner Stuttgarts nicht könnten. Die Stadt müsse sich an den Klimawandel anpassen und hierbei ihre Gepflogenheiten ändern. So derart große Feuchte wie in diesem Frühjahr sei lange Zeit nicht mehr aufgetreten. Die Witterung werde sich in einigen Dingen wieder einspielen. Es bestehe zwar eine gewisse Erwärmung, allerdings gehe nicht die Welt davon unter, nur, weil dies irgendjemand behaupte.

Diesen Wortbeitrag kritisiert StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Nicht lediglich die Stadtklimatologie, sondern auch die vorherrschende wissenschaftliche Meinung gehe vom Klimawandel aus. Die diesbezüglichen jahrelangen Berichte seien mit einer großen Wahrscheinlichkeit belegt. Die Prognosen seien nicht erstellt worden, um die Bevölkerung zu verunsichern oder zu verärgern, sondern um menschliches Handeln frühzeitig zu verändern. Es sei wichtig, die Probleme wahrzunehmen und nicht zu beschönigen. In den letzten und vorletzten Haushaltsplanberatungen habe er jeweils ein Straßenrückbauprogramm in zweistelligen Millionenbeträgen beantragt, um den Straßenraum in der Stadt zu begrünen und zurückzubauen. Hierzu habe jedoch keine mehrheitliche Zustimmung bestanden. Für die aufsuchende Grünraumberatung seien 23 Personalstellen beantragt worden, damit in jedem Stadtbezirk jeweils eine Person der Bevölkerung die Förderprogramme zur Entsiegelung von Dächern, Fassaden und Hinterhöfen vorstellen und die entsprechenden Handwerker vermitteln könne. Zeitgleich könnten die Gebäude effizienter gestaltet und eine PV-Anlage könnte installiert werden. Die Durchführung solle über das Wohnungsbauprogramm realisiert werden. Es gehe nicht an, in einer der letzten Sitzungen über unrealistische Wohnbauzahlen zu streiten. Diese seien nicht unrealistisch, da sie nicht machbar seien, sondern da sie das Klima schädigten. Insgesamt werde ein fiktiver Streit geführt. Die Forderung nach 27.000 Wohneinheiten sei unrealistisch. Dies sei lediglich mit der Wohnbebauung am Rohrer Weg, auf dem Birkacher Feld und auf dem Rosensteinareal möglich. Am Rosenstein seien die Wohneinheiten nur über eine Nachverdichtung realisierbar. Im Ausschuss S21/Rosenstein sei diskutiert worden, dass allein die bereits realisierte Wohnbebauung eine klimarelevante Fläche mit einer wichtigen Klimafunktion vernichte. An die SPD gewandt betont der Stadtrat, es könnten nicht einerseits im AKU die Klimaprojekte gelobt werden und andererseits in anderen Sitzungen klimaschädlichen Projekten zugestimmt werden. Die erste Konsequenz wäre der Verzicht auf die unrealistischen Entwicklungszahlen auf den dortigen Grünflächen des Rosensteinare-

als. Dies wäre ohne Mehrkosten verbunden und die eingesparten Gelder könnten für den Umbau der Stadt in Bezug auf die Klimaanpassung verwendet werden.

StRin Munk (B90/GRÜNE) wendet sich an die Gremiumsmitglieder der SPD und betont, sie würden sich trotz des heutigen Lobes an die Stadtklimatologie andererseits für eine Bebauung von Ackerflächen und die Nachverdichtung des Rosensteinareals einsetzen, was zu einer klimatologischen Verschlechterung der Zukunft führe. Schließlich müsse alles unternommen werden, um die Klimakrise nicht noch zu verschärfen. Die Stadträtin kritisiert den Wortbeitrag von StR Zaiß, denn das heutige Wissen und das Handeln müssten zusammengebracht werden. Es stelle eine Aufforderung der künftigen Generationen dar, sich zum jetzigen Zeitpunkt diesem Thema zu stellen.

Die Diskussion an dieser Stelle über den Wohnungsbau sei skurril, so StRin Schanbacher, da das eine Thema in keinem Zusammenhang mit dem anderen stehe. Herr Kapp habe nicht ausgesagt, es dürfe an keiner Stelle mehr gebaut werden. Vielmehr gehe es darum, wie gebaut und verdichtet werde. Zudem solle blaue und grüne Infrastruktur in der Stadtentwicklung geschaffen werden. Falls nicht mehr gebaut werde, falle die Stadt ab. Die Klimaanpassung und der Klimaschutz beruhten darauf, die Bevölkerung mitzunehmen. Diese würde der Stadt ihren Unmut äußern, falls sie sich nicht mehr die Mieten leisten könnte, ausziehen und später wieder einpendeln müsste. Es bestehe in Stuttgart ein extremer Wohnungsraumangel und die Mieten seien exorbitant hoch. Daher sei die Aussage nicht zu treffend, aus Klimaschutzgründen dürfe kein Wohnraum errichtet werden. Ebenso wenig passe die Situation zum Klimaschutz, falls die Menschen mit ihrem Fahrzeug in die Stadt pendeln müssten, da sie sich in Stuttgart keinen Wohnraum leisten könnten. Aufgrund des Ziels der kurzen Fahrwege und des bezahlbaren Wohnraums solle daher eine Innenverdichtung stattfinden und die Menschen sollten mit den ÖPNV oder dem Fahrrad zur Arbeit gelangen. Gemeinsam mit der Bevölkerung solle die LHS zu einer klimaresilienten Stadt umgebaut werden, was auch im Rosensteinareal möglich sei. Dort werde vor Ort eine geeignete Stadtentwicklung durchgeführt und es sei u. a. über Themen wie die Schwammstadt oder den Parkraum diskutiert worden. Es stelle sich die zentrale Frage, wie die in der heutigen Sitzung diskutierten Konzepte in der Stadtentwicklung umgesetzt werden könnten.

StR Rockenbach betont, es bestehe kein Widerspruch, den Gesundheitsschutz, die Biodiversität sowie die Klimaanpassung in der Stadt umzusetzen und gleichzeitig die Menschen für die entsprechenden Konzepte einer grünen und blauen Stadt zu begeistern. Vor allem stelle es keinen Widerspruch dar, wenn es darum gehe, sich die Stadt leisten zu können. Es bestehe kein kausaler Zusammenhang zwischen dem Abriss und dem Wohnungsneubau und einer Reduzierung der Mietpreise. Vielmehr sei das Gegenteil der Fall, denn die Mieten würden hierdurch steigen: Die Quadratmeterpreise bei den Mieten lägen bei 14 bis 20 EUR. Im Neubau liege in die SWSG bei 14 EUR Miete pro m². Mit einer Subventionierung würden möglicherweise zwar niedrigere Mieten erreicht, allerdings würden nie die derzeitigen Bestandsmieten unterschritten. Vor dem Hintergrund des regulatorischen Rahmens für die Mietspekulation müsse bei einem Neubau geprüft werden, welche Art von Wohneinheiten errichtet würden. Beispielsweise sollten am Stöckach auf städtischem Boden nicht 40 %, sondern 100 % dauerhaft gesicherter bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, welcher nicht aus der Mietpreisbremse falle. Falls die Miethöhe von 14 EUR pro m² mit Millionenbeträgen von Land und Stadt heruntersubventioniert werde, werde das Grundstück am Ende nach 30 Jahren wieder marktüblich. Durch dieses Vorgehen fielen jährlich 400 Wohnungen aus

der Mietpreisbremse heraus. Für diese Systematiken in der Stadt sei der Landesgesetzgeber verantwortlich. In der eigenen Politik der Stadt müsse bei der Frage der Bodenpolitik dauerhaft auf eigene städtische Grundstücke als Stadt oder als Genossenschaft gesetzt werden. Es solle nicht davon ausgegangen werden, mit dem Hochschrauben einer fiktiven Anzahl von Wohnungsangebot das Problem lösen zu können. Ohne einen regulatorischen Eingriff könne von einem privaten Investor nicht verlangt werden, dass er das Wohnobjekt nicht marktüblich vermiete. In Stuttgart als einem wirtschaftsstarken Standort sei eine Miethöhe von 14 EUR je m² trotzdem noch für viele Bürger*innen bezahlbar. Ein privater Investor könne die Mieter*innen erpressen, deren Lebensstandard zu reduzieren, weniger in den Urlaub zu reisen und günstiger ihre Lebensmittel bei einem Discounter einzukaufen. An die SPD-Mitglieder des Gremiums gewandt kritisiert StR Rockenbauch, deren Fraktion habe noch vor wenigen Tagen für eine Nachverdichtung und einen Neubau von Wohnungen gestimmt, während sie nun für mehr Klimaschutz appellierten. Dieses Verhalten sei völlig widersprüchlich, was u. a. anhand der Klimakarten für das Rosensteinareal und die Innenstadt deutlich werde.

Das "strategische Wegsehen" einiger Ausschussmitglieder*innen sei sehr faszinierend, so StR Ozasek. An die SPD-Mitglieder des Gremiums appelliert der Stadtrat, die Klimakarten in Betracht zu ziehen. Diese stellten das aggregierte Wissen der Stadtklimatologie der Verwaltung dar, was keine andere Großstadt in Deutschland so durchführe. Daher sei das Gremium gut beraten, auf die Aussagen der Experten in der Art zu hören, dass dieses Durchströmungsmodell in der Tallängsachse durch eine deutliche Baumassesteigerung erheblich gestört werde. Die zukünftig geplante Bebauung des Rosensteins stelle ohnehin schon eine große Hypothek dar. Falls eine tiefgreifende Korrektur erfolge und zusätzliche Baumasse hinzukomme, falle die Störung wesentlich dramatischer aus. Schließlich bestehe bereits ein optimierter Rahmenplan, der gut entwickelt worden sei. Er pflichtet der Aussage von StR Rockenbauch zu, dass der Bau von Wohnungen niemals zu einer Senkung der Mieten geführt habe, sondern umgekehrt Mietsteigerungen provoziert habe. Es solle nicht an gewissen Glaubensvorstellungen festgehalten werden, sondern es solle eine Orientierung empirisch an den wissenschaftlichen Erkenntnissen stattfinden. Die Spitzenverbände der Bauwirtschaft hätten dieser Tage ausgesagt, die Anzahl von 400.000 neu gebauten Wohnungen pro Jahr sei absolut nicht realisierbar, da die Bauwirtschaft dieses Ziel nicht stemmen könne. Daher müsse ein regulatorischer Rahmen für die Mieten geschaffen werden. Zusätzlich müsse an denjenigen Stellen eine politische Deckelung erfolgen, an denen die Kommunen die Wachstumskerne überhitzten. Seit 1998 befinde sich die SPD mit einer kurzen Unterbrechung in der Bundesregierung und sie müsse daher Gesetze zur Begrenzung der Mieten verabschieden und solle nicht das klimaschädliche Bauen vorantreiben. Es liege die Prognose des Umweltbundesministeriums vor, dass 910 Mrd. Euro an Klimafolgekosten bestünden. Daher stelle sich die Frage, ob nicht wesentlich mehr Steuergelder in den Umbau der Städte und der Infrastruktur zum jetzigen Zeitpunkt investiert werden sollten, um nicht zu einem späteren Zeitpunkt die Rechnung für das Nichthandeln bezahlen zu müssen.

BM Pätzold betont, Herr Kapp mache deshalb in der Diskussion keine Aussage zu den nötigen Maßnahmen, da eine frühere Diskussion hinsichtlich des Rahmenplans Halbhöhe zu dem Zeitpunkt geführt worden sei, als der damalige Stadtklimatologe Herr Prof. Baumüller ausgesagt habe, eigentlich müsse in den Hängen ein Gebäuderückbau erfolgen und Schneisen geschlagen werden, welche begrünt werden sollten. Bei Bauprojekten erfolge jedoch eine Abwägung zwischen den Fachbereichen. Falls ausschließlich die Stadtklimatologie entscheiden würde, müssten Gebäudeabrisse er-

folgen, um die Durchlüftungssituation zu verbessern. Allerdings würden beim Thema Klimaanpassung jegliche Maßnahmen wie u. a. Dachbegrünung zusätzlich durchgeführt. Beim Rosenstein werde engagiert geprüft, wie der Aspekt der Schwammstadt mit Versickerungsflächen und Zisternen umgesetzt werden könne. Zudem werde untersucht, wie die Fassadenbegrünung bewässert werden könne. Hierzu sei die Einschätzung gereift, dass das Niederschlagswasser für die umfassende Fassadenbegrünung nicht ausreiche. Daher müsse auf die Grauwassernutzung in den einzelnen Gebäuden umgestiegen werden. Es bestehe das Problem, je weniger entsiegelte Flächen vorhanden seien, desto weniger bestehe die Möglichkeit, Wasser zu gewinnen. Da versucht werde, ein Plus-Energiequartier zu installieren und die Dachfläche unabhängig von der Höhe der Bebauung nicht vergrößert werden könne, sei es zudem beim Thema Energie problematisch, lediglich eine begrenzte Menge an PV nutzen zu können. Am Rosensteingebiet werde deutlich, dass die Diskussion über die Klimaanpassung und die Frage, wie klimaneutrale Wohngebiete oder Quartiere zu erreichen seien, sehr spannend sei, da stets unterschiedliche Themen bestünden, die sich gegenseitig beeinflussten. Dies betreffe ebenso das Thema grüne/blau Infrastruktur: Beispielsweise befinde sich unter dem Parkplatz am neuen Sportbad im NeckarPark eine riesige Rigole, die das Regenwasser auffange. Zudem sei der Veielbrunnenpark als Überflutungsgebiet bzw. als Versickerungsfläche ausgebildet. An verschiedenen Stellen müsse die Stadt "repariert" werden, da eine wärmere Stadt mehr Bäume erfordere, welche gepflegt und begossen werden müssten. Der Aspekt der zunehmenden Starkregenereignisse sei ebenso wichtig. Daher sei die Fortschreibung des KLIMAKS derart wichtig und umfassend, da nahezu alle Ämter beteiligt seien.

Das Thema Umsetzung und Operationalisierung sei exakt der Vorschlag der Verwaltung für eine funktionierende Struktur hinsichtlich der Arbeitsgruppe, in der alle Referate und Ämter beteiligt seien und erfreulicherweise aktiv mitarbeiteten, so Herr Kapp. Diese Mitarbeit gelte nicht lediglich für den Fortschreibeprozess, sondern müsse dauerhaft geschehen. Über die Arbeitsgruppe könnten Maßnahmen nachgesteuert werden und sie werde wie die Unterarbeitsgruppen auch nach der KLIMAKS-Fortschreibung weiterbestehen. In den Unterarbeitsgruppen bestehe die Möglichkeit, Maßnahmen, neue Vorschläge und neue Entwicklungen aus der Wissenschaft entsprechend einzuarbeiten und zu diskutieren, woraus laufend neue Maßnahmen abgeleitet würden. Der Gedanke bestehe darin, zukünftig keinen fixen Fortschreiberhythmus, sondern ein "atmendes System" durchzuführen. Es werde ein Monitoring benötigt und in der Fortschreibung angelegt, bei dem Indikatoren festgelegt würden. So könnten beispielsweise alle 2 Jahre oder für die jeweiligen Doppelhaushaltsplanberatungen eventuell nötige finanzielle Mittel für ein Amt angemeldet werden. In Bezug auf seine Aussage, im Herbst werde lediglich der Maßnahmenanteil vorgestellt, betont Herr Kapp, die klimatischen Leitplanken und Veränderungen fänden im Projekt "Regionale Informationen zum Klimahandeln" (RegIKlim) und im Projekt "Integrative stadt-regionale Anpassungsstrategien in einer polyzentrischen Wachstumsregion: Modellregion - Region Stuttgart" (ISAP) statt. Dort werde ebenso der Klimaatlas fortgeschrieben. Im Nachgang werde die Verwaltung im Gesamtkonzept einen separaten Berichtsteil vorlegen, aus dem die Entwicklung ersichtlich werde. So folge die eigentliche Begründung für das aufwendige Maßnahmenkonzept mit einer geringen zeitlichen Verzögerung nach. Dies stehe im Zusammenhang mit der Frage der Erderwärmung um 2 oder 3 Grad. In der LHS sei die Lage dramatischer, da bei einem globalen Wert von "3-Grad-Welt" die Werte in Stuttgart wesentlich höher ausfallen könnten. Erst aus dem Forschungsprojekt "Region - Fortschreibung Klimaatlas" könnten letztendlich die konkreten Folgen für die Region und Stuttgart aufgezeigt werden. Falls auf die Hitzentwicklung von global 3 Grad heruntergebrochen werde, zei-

ge sich eine enorme Häufung der Hitzeereignisse wie der Anzahl der Wärmebelastungstage. Dieses Thema werde als ein eigener Teil von der Verwaltung vorgestellt.

In Bezug auf die angesprochene Personalstelle teilt Herr Kapp mit, dass diese mit dem Mitarbeiter Herrn Baumstark besetzt ist. Die finanziellen Mittel sollten für eine Infrarotbefliegung im Sommer genutzt werden, bei der der Aspekt Wärmebelastungsbereich (Hotspots, Hitzeinseln usw.) aktuell untersucht werden solle. Dies werde zukünftig Teil des Monitorings sein, um die Wirkung der Stadtveränderung und Stadtentwicklung anhand einer thermischen Belastungswirkung zu dokumentieren. Die Verwaltung gehe davon aus, dass zukünftig keine Befliegung mehr nötig sei, sondern ein zumindest teilautomatisiertes Monitoring - herausgerechnet aus den Kopernikus-Satellitendaten - zu erhalten, was eine zeitliche höhere Auflösung mit sich bringe. Die Verwaltung sei in diesem Zusammenhang bei dem Projekt "UrbanGreenEye" beteiligt. Es sei realistisch, hiermit den vorgegebenen Zeitplan einzuhalten. Bezüglich des von ihm verwendeten Begriffs des Auftakttreffens betont Herr Kapp, für die Verwaltung sei die Fortschreibung ein gewisser Neustart gewesen. Die bedeute jedoch nicht, dass in der Vergangenheit keine Aktivitäten stattgefunden hätten. Vielmehr befinde sich das alte Konzept in einer guten Umsetzung.

In Bezug auf die mehrfach angesprochene Thematik der Dächer habe die Verwaltung ihre Strategie vor einigen Monaten vorgestellt, so Herr Kapp. Hinsichtlich der Aspekte Dachbegrünung und PV habe sich grundsätzlich keine Änderung ergeben. Flachdächer und Pultdächer sollten stets in einer Kombination von Begrünung und PV gestaltet werden. Die Grundlage sei eine durchgängige Substratschicht mit Begrünung und darüber liegend werde eine PV-Anlage installiert. Auf einem Sattel- bzw. Ziegeldach kämen ausschließlich PV-Anlagen zum Einsatz. Herr Kapp plädiert dafür, auch die Schrägdachflächen für Begrünung zu nutzen. Zu dieser Thematik bestehe ein Solarkataster. Angesichts der Dacharten in der Stadt sei die Verwaltung bei der Begrünung auf Flachdächer angewiesen. Dort werde eine konsequente Begrünung mit ausreichender Substrathöhe durchgeführt. Ebenso wenig sei gegen intensive Dachbegrünungen beispielsweise mit Humusbildung einzuwenden. Dies sei eine Frage der Pflege. Ebenso bestehe bei höher wachsenden Pflanzen die Thematik, wie mit diesen in Kombination mit PV umgegangen werden solle.

Herr Kapp betont in Bezug auf das mehrfach angesprochene Rosensteinareal, dort bestehe wie in Untersuchungen Ende der 1990er Jahren dargelegt das Problem, dass eine komplette dichte Bebauung der Gleisharfe entsprechende Wirkungen auf die städtische Wärmebelastung mit sich bringen würde. Dies sei allein aufgrund der Speichermasse und des Versiegelungsgrads der Fall. Es sei ein grundlegendes Problem in der Stadtklimatologie, dass die gebaute Stadt zunächst ihren eigenen lokalen Klimawandel unabhängig von dem globalen Klimawandel bewirke. Dies bedeute im Umkehrschluss eine Verschlechterung der nächtlichen Wärmeinseln durch jede Art der Verdichtung, was die Wärmebelastung der Stadt erhöhe. Insgesamt bestehe ein Abwägungsvorgang zwischen der Stadtentwicklung und der Stadtklimatologie. Im Rosensteinareal gehe es zunächst um die Entwicklung einer geeigneten Struktur. Losgelöst von dem Thermalbelastungsthema sei die nächtliche Kaltluftströmung und somit der Schadstoffabtransport zu berücksichtigen, da in der Stadt nahezu keine abkühlenden Flächen vorhanden seien. Je mehr bebaut werde, desto mehr würden diese Flächen verlorengehen. Die Kaltluft stelle die Nachtkühlung dar, welche in einem klimatischen Gesamtsystem im Nesenbachtal zusammenlaufe und aus zahlreichen kleinen Bereichen gespeist werde. Auch wenn bei der Bebauung die Auffassung bestehen könne, dass im Fall einiger

lediglich geringer einzelner Verluste der Kaltluftströme dies keine erheblichen Auswirkungen habe, werde dennoch das Gesamtsystem angegriffen. Falls dieses Gesamtsystem beliebig und unkontrolliert reduziert werde, bleibe am Ende keine Kaltluftströmung übrig. Daher müsse dieser Aspekt bei jedem Einzelfall mit einem jeweiligen Abwägungsvorgang bei dem entsprechenden Bebauungsplan berücksichtigt werden. Diese Entscheidung sei nicht trivial und es könne nicht in einem Bebauungsplan eine Modellrechnung mit einem mit übergeordnetem Wind umströmten Gebäude durchgeführt werden. Dieses beleuchte nicht die eigentliche Problematik, da bei einem derart umströmten Gebäude jedes Mal das gleiche Ergebnis erzielt werde. Allerdings treffe dies nicht auf den Systembereich der Kaltluft zu, da die die Kaltluft produzierende Fläche verloren gehe. Der hausgemachte Wind werde durch die Stadtstruktur, die Topographie und die Flächennutzung erzeugt und in dem Maße, in dem die Grundlagen verändert würden, verändere sich ebenso das Windsystem.

Der Vorsitzende kündigt an, die Verwaltung werde dieses Thema erneut in verschiedenen Sitzungen aufrufen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. StRin Yüksel (*Einzelstadträtin*)

kursiv = kein Papierversand